



Biwöchlicher Abonnementstyp. in Breslau 5 Mark, Rothen-Abonnem. 50 Pf.
außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den
Raum einer sechsteiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Erledigung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 30. Mittag-Ausgabe.

Zweiundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Bismarcks Wiedererscheinen im Abgeordnetenhaus und die Stellung der Regierung gegenüber der Antisemitenbewegung.

Unser Berliner Correspondent schreibt:

Mitten in der Schlachthausgesetz-Debatte erschien im Abgeordnetenhaus plötzlich der Reichskanzler, um sich nach einer Anwesenheit von zwei Minuten in das Vorzimmer zurückzuziehen, wo eine Sitzung des preußischen Ministeriums stattfinden sollte. Bismarcks Aussehen war vorzüglich; sein heutiges Erscheinen macht es wahrscheinlich, daß er das Portemonnaiegesetz Nr. 2 im Abgeordnetenhaus selbst vertreten oder aber bei der dritten Beratung des Budgets in einer Rede seine Pläne zu der nach Annahme der zweiten Serie neuer indirekter Reichsteuern beabsichtigten Entlastung der Steuerzahler darlegen werde. Inzwischen werden vielleicht auch die Gründe bekannt, weshalb er durch seine „Nord. Allg. Blg.“ seinen Briefwechsel mit dem verstorbenen Staatsminister Bülow zur Erläuterung der Entlastung der Minister Camphausen und Delbrück veröffentlicht ließ. So lange nicht Camphausen und Delbrück sich darüber äußern, bleibt die Darstellung doch immer eine einseitige, und da der Reichskanzler nicht entfernt daran denkt, seine eigene neue Wirtschafts- und Finanzpolitik wieder aufzugeben, so haben die Details über seine Trennung von Staatsmännern, die jener Politik grundsätzlich widerstehen müssen, nur für den künftigen Historiker Werth.

Zu morgen wird für die „Provinzial-Correspondenz“ eine bestimmte Erklärung gegen die Antisemitenbewegung erwartet. Nachdem der deutsche Kronprinz am Sonnabend sich, unter Bezugnahme auf die Reden der fortschrittlichen Abgeordneten Birchow und Eugen Richter in der allgemeinen Berliner Wahlmännerversammlung, in gleichem Sinne über das Verderbliche und Verwerfliche jener Judenheze zu dem Stadtrath Magnus, dem Vorsitzer der jüdischen Gemeinde, ausgesprochen und insbesondere die Theilnahme der Studenten und Lehrer an den Agitationen scharf getadelt hat, war die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, welche jene Bewegung vorsichtig gefördert und ihre Gegner ungünstig behandelt hatte, nicht einmal in der Lage, jenen Vorgang zu verschweigen oder daran, gleich dem biedern „Reichsboten“ des Herrn von Nathusius, entschuldigende Worte zu knüpfen. Wenn jetzt die „Provinzial-Correspondenz“, das Organ des preußischen Ministeriums, in der gleichgültigen Zuschauerrolle verharren wollte, so würde dadurch der tiefe Eindruck, den die Neuheiten des Kronprinzen gerade in Verbindung mit jener, von der freikonservativ-gouvernementalen „Post“ voreilig und vergeblich bespöttelten Berliner Wahlmännerversammlung überall im Deutschen Reich hervorgerufen haben, nur verstärkt und noch mehr als bisher zu Gunsten der Opposition und zu Ungunsten der Regierung deutet werden.

Zur Camphausen-Krise.

Zu dem Rücktritt der Herren Minister Delbrück und Camphausen brachte die „N. A. Z.“ Kommentare und Auszüge aus einem Briefwechsel des Reichskanzlers mit dem verstorbenen Minister v. Bülow, die wir wörtlich mitgetheilt haben. Die Briefe allein beweisen schon für Jeden, der lesen kann, das Gegentheil von Dem, was der Kommentar beweisen möchte. Sie lassen gar keinen Zweifel, daß der Sturz Camphausens längst beschlossen. Sache war; und wer wußte das damals nicht? Über den Rücktritt Delbrück und seine Ursachen ein Wort zu verlieren, wäre pure Verschwendung, nachdem der ehemalige Präsident des Reichsjustizamts sowohl bei Gelegenheit der Münzinterpellation als in dem Briefe des Fürsten Bismarck an den Amerikaner Kelley, wie insonderheit gelegentlich der Elbzolldebatte bald als urtheilstlos, bald als Particularist behandelt worden ist. Früher wurde bei solchem Anlaß auch das Märchen aufgetischt, Herr Camphausen sei von Herrn Lasler abgeschlagen worden. Heute wird die Version auf den Abg. Bamberg übertragen. Wohl aus nicht mißzuverstehenden Beweggründen! Für das Märchen vom Sturz Camphausens durch den allmächtigen Lasler läßt sich noch ein äußerer Schein finden; denn die bekannte Rührungsscene, welche in der Sitzung vom 23. Februar 1878 dadurch herbeigeführt wurde, daß Fürst Bismarck gegen eine Rede Lasler's mit wohlwollenden Worten Camphausen apotropobrachte, diese peinliche Scene war es, welche über das Schicksal des Finanzministers unwiderruflich entschied. Der Abg. Bamberger sprach in der gleichen Sitzung erst lange nachher als der letzte Redner und eher begütigend in Sachen Camphausen. Allerdings, bemerkt die „N. A. Z.“, mit dem Geständniß zu Gunsten des Tabakmonopols war der Finanzminister in einer Falle gegangen, aber nicht die Nationalliberalen hatten sie ihm gestellt. Das weiß er wohl auch selbst recht gut, und wer wüßte es nicht?

Die preußischen Stadtgemeinden mit mehr als 10,000 Einwohnern.

(Nach der Zahlung vom 1. December 1880.)

Nach der Zahlung vom 1. December 1875 hatten im preußischen Staate 156 Städte mehr als 10,000 Einwohner und umfaßten zusammen eine ortsansässige Bevölkerung von 5,172,801 Personen. Dem gegenüber wurden nach dem vorläufigen Ergebnisse der letzten Zahlung am 1. December 1880 in Preußen 171 Stadtgemeinden ermittelt, welche die vorbezeichnete Bevölkerungsgröße bereits überschritten hatten. Sämtliche 171 Gemeinden hatten 6,000,535 ortsansässige Einwohner. Es ergiebt dies für die in Frage kommende Größenklasse der Städte von mehr als 10,000 Einwohnern gegen 1875 eine Zunahme von 827,734 (16,00 %) ortsansässigen Personen und für sämtliche 171 Gemeinden eine solche von 683,970 Personen = 12,87 %. Die nachfolgende Übersicht, in welcher wir aber nur die Städte von mehr als 20,000 Einwohnern einzeln aufführen, macht erkennlich, wie sich dieses Mehr auf die einzelnen, nach der Größe der Einwohnerzahl geordneten Stadtgemeinden verteilt und zeigt zugleich, daß die Zunahme nicht eine allgemeine und gleichmäßige gewesen, sondern daß sie namentlich die großen Centren getroffen hat, während bei drei Städten (Memel, Celle und Hörde) sogar ein thafächer Zurückgang der Einwohnerziffer vorliegt.

Städte.	Ortsansässige Bevölkerung	Zunahme	
	1880	1875	(— Abnahme)
1. Berlin	1,121,378	966,858	154,520
Summe a	1,121,378	966,858	154,520
2. Breslau	272,390	239,050	33,340
3. Köln	144,751	135,371	9,380
4. Königsberg i. Pr.	140,896	122,636	18,260
5. Frankfurt a. M.	137,600	103,136	34,464
6. Hannover	122,860	106,677	16,183
7. Danzig	108,743	97,931	10,812
Summe b	927,240	804,801	122,439
8. Magdeburg	97,529	87,925	9,604
9. Barmen	95,861	86,504	9,357
10. Düsseldorf	95,459	80,695	14,764
11. Elberfeld	93,503	80,589	12,914
12. Stettin	91,745	80,972	10,773
13. Altona	90,749	84,097	6,652
14. Aachen	85,432	79,666	5,826
15. Krefeld	73,866	62,905	10,961
16. Halle a. S.	71,488	60,503	10,985
17. Dortmund	66,584	57,742	8,842

Städte.	Ortsansässige Bevölkerung	Zunahme	
	1880	1875	(— Abnahme)
18. Bösen	64,733	60,998	3,735
19. Kassel	58,314	53,043	5,271
20. Essen	56,957	54,790	2,167
21. Erfurt	53,272	48,030	5,242
22. Görlitz	50,306	45,310	4,996
23. Wiesbaden	50,238	43,674	6,564
Summe c	1,196,036	1,067,383	128,653
24. Frankfurt a. O.	49,959	47,180	2,779
25. Potsdam	48,346	45,003	3,343
26. Kiel	43,496	37,246	6,250
27. Duisburg	41,239	37,380	3,859
28. Münster i. Westf.	40,428	35,705	4,723
Summe d	223,468	202,514	20,954
29. München-Gladbach	37,882	31,970	5,412
30. Liegnitz	37,168	31,442	5,726
31. Elbing	35,757	33,510	2,247
32. Bromberg	34,084	31,308	2,756
33. Böhmisch	33,446	28,368	5,078
34. Osnabrück	32,817	29,850	2,967
35. Bonn	31,510	28,075	3,435
36. Halberstadt	31,258	27,757	3,501
37. Flensburg	30,956	26,474	4,482
38. Bielefeld	30,657	26,567	4,090
39. Coblenz	30,567	29,282	1,285
40. Charlottenburg	30,446	25,847	4,599
41. Remscheid	30,043	26,066	3,977
Summe e	426,071	376,516	49,555
42. Stralsund	29,492	27,765	1,727
43. Spanien	29,316	26,888	2,428
44. Brandenburg a. H.	28,685	27,371	1,314
45. Königslütze	27,432	26,040	1,392
46. Neustadt-Magdeburg	27,074	24,093	2,981
47. Hagen i. Westf.	26,297	24,335	1,962
48. Nordhausen	25,900	23,570	2,330
49. Hildesheim	25,887	22,581	3,306
50. Guben	25,859	23,704	2,155
51. Koitzhusen	25,585	22,612	2,973
52. Trier	24,141	22,027	2,114
53. Landsberg a. W.	23,624	21,379	2,245
54. Mühlhausen i. Thür.	23,475	20,926	2,549
55. Hanau	23,041	22,409	632
56. Beuthen in Ob.-Sch.	22,823	19,367	3,456
57. Schweidnitz	22,177	19,681	2,496
58. Mühlheim a. Ruhr	22,150	15,277	6,873
59. Stargard a. Ihna	21,823	20,173	1,650
60. Stolp i. P.	21,599	18,328	3,271
61. Witten	21,568	18,106	3,462
62. Uelzen	21,394	19,753	1,641
63. Bierzen	21,019	19,705	1,314
64. Hamm	20,795	18,877	1,918
65. Doorn	20,614	18,631	1,983
66. Wesel	20,592	19,104	1,488
67. Neisse	20,514	19,533	981
68. Mühlheim a. Rhein	20,427	17,353	3,074
Summe f.	643,303	579,588	63,715
Summe g. (der Städte von 15—20,000 Einw.) 1880: 676,804, 1875: 611,086, Zunahme 65,818.			
Summe h. (der Städte von 10—15,000 Einw.) 1880: 972,047, 1875: 876,859, Zunahme 95,188.			
Hauptsumme (a bis h) 1880: 6,000,535, 1875: 5,316,565, Zunahme 682,970.			

Demnach nahmen zu die Gemeinden, die am 1. December 1880 Bewohner zählten

10,000—15,000	10,86
über 15,000—20,000	10,77
" 20,000—30,000	10,99
" 30,000—40,000	13,16
" 40,000—50,000	10,35
" 50,000—100,000	12,05
" 100,000—1,000,000	15,21
1,000,000	15,98
Summe	12,87

Deutschland.

O. C. Landtags-Berhandlungen.

39. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. Januar.

hen und russischen Fleischimporte dienen wird. Abzusehen von dem großen Nutzen und dem Bedürfnisse der Städte, besteht auf diesem Gebiete zwischen Stadt und Land kein Unterschied, und im Laufe der Zeit wird sich auch bei Ihnen die Überzeugung von der günstigen Wirkung dieses Gesetzes ausbilden. (Beifall.)

Unterstaatssekretär Jacobi: Die Regierung hat durch wiederholte Vorstellungen durch Anschauen der concreten Verhältnisse, durch Beispiele, die ihr entgegenstehen, sich von der Unzulänglichkeit des Gesetzes von 1868 überzeugt. Mit dem jetzigen Entwurf will sie die ungünstigen Bestimmungen derselben erledigen. Allerdings hat bei Beratung des Gesetzes von 1868 der damalige Handelsminister erklärt, daß die Regierung ein weiteres Hinausgehen über jenes Gesetz nicht beabsichtige. Man kann der Regierung aber doch keinen Vorwurf machen, wenn sie anerkennt, daß die letztere Vorstellung sich nicht bestätigt hat. Die Rentabilität der städtischen Schlachthäuser als solche ist für die Regierung in keiner Weise maßgebend gewesen; dieselbe kommt nur indirect in Frage, insofern bisher aus Mangel an dem nötigen Zwange von der Befugnis des Gesetzes von 1868 nur in beschränkter Weise Gebrauch gemacht ist. Noch weniger ist für uns das Interesse irgend einer speziellen städtischen Commune maßgebend gewesen. Man sagt, diese Vorlage führe ein städtisches Fleischmonopol herbei. Den dieser Neuerung zu Grunde liegenden Gedanken verstehe ich nicht. Die Stadt handelt doch sicher nicht mit dem Fleische. Sie trifft nur die Einrichtungen, die nötig sind, um die für eine große Stadt erforderlichen sanitären Verhältnisse herzustellen; sie ist auch gehalten, die Einnahmen aus dem Schlachthause auf ein geringes, angemessenes Maß zu reduzieren. Unter diesen Umständen kann von einem für die Stadt nutzbaren Monopol nicht die Rede sein. Wenn gesagt wird, die Regierung habe nicht den Mut gehabt, vorläufige Vorschläge zu machen, die für alle Städte gleichmäßig Anwendung finden könnten, so ist dem gegenüber die Vielgestaltigkeit der städtischen Verhältnisse in Betracht zu ziehen.

Das Bedürfnis geht an einer Stelle weiter als an der anderen. Uebrigens unterliegen die Beschlüsse der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Der Umstand, daß ähnliche Gesetze auf keinem Gebiete existierten, kann abgesehen davon, daß dies dennoch der Fall, gewiß nicht zur Abweisung einer Vorlage führen, die auf ihrem Gebiete vernünftig ist. Auch ist es wohl kein Einwurf gegen das Gesetz, daß die Städte im Laufe der Zeit genötigt würden, ihre ursprünglichen Beschlüsse auf die übrigen Nummern des § 2 auszuweichen. Eine weitgehende Handnahme kann allerdings schon jetzt auf polizeilichem Wege getroffen werden. Aber wollen Sie davor zurücktreten, daß, was durch Polizeiverordnungen geregelt werden kann, in den Rahmen eines Gesetzes zu bringen? Ich bitte nicht außer Acht zu lassen, daß die Vorlage wesentlich durch sanitäre Rücksichten geboten ist und wenn anerkannt wird, daß diesen Rücksichten Rechnung zu tragen ist, dann kann man sich wohl diesen oder jenen, aus der Praxis erwachsenden Umstand gefallen lassen.

Abg. von Minnigerode: Eine durchaus praktische Frage wie diese kann nur auf ihrem eigenen Boden beurtheilt und gelöst werden. Es ist ja überaus vereinstlich, wenn die größeren und kleineren Communen bemüht sind, ihren Einwohnern gesundes Fleisch von gesunden Tieren zu verschaffen, und ich erkenne auch die Verpflichtung der Gesetzgebung an, diese Communen nach Möglichkeit in ihren Zwecken zu fördern. Aber auch für die Gesetzgebung sind Grenzen gezogen. Man muß sich fragen: wie weit erträgt das praktische Bedürfnis derartige Bestimmungen, und werden nicht wesentliche concurrende Interessen durch sie geschädigt? Zu einer gewissen Voricht mahn überdies der Umstand, daß gerade die Personen im Haufe, die z. B. den Berliner Verhältnissen näher stehen, diese Frage sehr verschieden beurtheilen, ein Beweis, daß man zu dieser sehr bestreiteten Materie nicht bloß vom ländlichen, sondern auch vom städtischen Standpunkt aus in sehr verschiedener Weise Stellung nehmen kann. Punkt 1 entspricht durchaus dem Grundgedanken des Gesetzes und beschränkt in keiner Weise anderweitige wichtige Interessen.

Punkt 3, der den Gast- und Speisewirtschaften nur frisches und vorher untersuchtes Fleisch zu verwenden vorschreibt, klappt recht ansprechend und harmlos, wenn er nur nicht un durchführbar wäre. Wo ist denn die Sicherheit und das genaue Kriterium dafür zu finden, daß das Fleisch, das der Gast- und Speisewirth schon in Thätigkeit hat, auf dem Braten, dem Speiseheerde, einer derartigen Untersuchung unterlegen hat? Wie ist er überhaupt im Stande, die Identität dieses bereits in der Zubereitung begrienen Fleisches mit dem vorher untersuchten festzustellen? Ein politisch mittelbiger Speisewirth oder Gastwirth würde einer Städteverwaltung gegenüber, die ja auch ihre politischen Strömungen hat, vor Chikanen durchaus nicht geschützt sein, weil der Nachweis, dieser Nummer des Gesetzes genügt zu haben, dem Einzelnen zu schwer sein würde. Es ist nicht genug, daß eine Bestimmung nützlich erscheint, sie muß auch praktisch durchführbar sein. Der Kernpunkt liegt natürlich in Nr. 6, wo die Regel sehr straff angezogen werden. Der Schlachthauszwang soll nicht nur auf die Städte, sondern auch auf die Rayons angewendet werden. Der Antrag der Commission ist sehr d. h. h. b. da die Größe des Rayons sehr fraglich ist, zumal jeder Gemeinde zufolge, sich mit einem Rayon zu umgeben. Auch streifen sich öfter derartige Rayons so, daß das zwischen ihnen liegende von der Concurenz auf dem städtischen Fleischmarkt aufgeschlossen wird. Die freie Bewegung auf dem Lande wird für das berühmte Gebiet jedenfalls empfindlich geschädigt werden. Man will das geringere Vieh ganz ausschließen, wieso auch Herr Hausburg selbst erklärt hat. Während der kleine Landmann, der eben nur geringes Vieh liefern kann, beträchtlich geschädigt werden muß, wird dagegen in den Städten jede Vertheuerung des Fleisches für die Consumenten ausgeschlossen werden.

Da zudem die in Rede stehenden Bestimmungen sich nur gegen das frisch ausgeschlachte Fleisch richten, so wird bedauerlicher Weise das von außerhalb kommende Wild der Controle gar nicht unterworfen sein. Die Verwirrung liegt zu nahe, daß prinzipielle Interessen der großen Communen bei der Formulirung mitgewirkt haben. Graf York hat die Natur der gedachten Verhältnisse und Bestimmungen nur zu richtig mit dem Ausdruck „Monopol“ charakterisiert. Durch die erwarteten rigorosen Bestimmungen wird eine größere Concurenz ausgeschlossen und den bestehenden Schlachthäusern eine wesentliche Rente für den Communesadel auf Kosten anderer Interessen geöffnet. Das nenne ich ein Monopol. Sowar ist den Gemeinden eine Auswahl zwischen den 6 einzelnen Bestimmungen gelassen. Über Nr. 6 bleibt doch der entscheidende Hintergrund, während die anderen Nummern nichts als Couplins sind. Ich gebe aber noch weiter als mein politischer Freund Graf York; ich sage, daß es sich sogar um ein vollständiges städtisches Zwangs- und Waarenrecht handelt, das für unsere Verhältnisse nicht pass und mit den sonstigen liberalen Auffassungen verschiedener großer Städte nicht harmoniert. Während ich also für meine Person für Nr. 6 nicht stimmen kann, versage ich den übrigen Bestimmungen meine Zustimmung durchaus nicht. Hüten wir uns auf diesem Gebiet, daß einzig und allein der Provinz angehört, vor Ueberreihungen, die sich empfindlich rächen könnten. Sollte die Nr. 6 angenommen werden, so wäre für mich das ganze Gesetz unannehmbar.

Regierungscommisar Geh. Rath Bever: Ich habe zunächst dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß der landwirtschaftliche Minister verhindert ist, der Sitzung beizuhören. Die Redner der rechten Seite sind von der Aussöhnung ausgegangen, daß fast alle Städte Schlachthäuser bauen würden. Ich glaube nicht, daß die Communen so leicht zu so großen finanziellen Opfern bereit sein werden, und kann es daher für nicht zutreffend erachten, daß geringwertiges Vieh vom Markt ausgeschlossen werde. Keine Bestimmung des Gesetzes verbietet außerdem die Einführung von geringwertigem Vieh, wenn es nur gefund ist. In Berlin wird viel solchen Viehes eingeführt, und die Fleischer, die ein gutes Geschäft damit machen, werden sich nicht durch die Rückicht auf Andere, die nur schwereres Vieh schlachten, zurückhalten lassen. Einem Einstuß wird das Gesetz allerdings auf die Preise von Mastvieh und geringerem Vieh ausüben. Die landwirtschaftliche Verwaltung erbt aber darin nichts Schädliches, denn man muß doch das Ziel beginnen, daß gutes Vieh gemacht wird. Es wird geschildert, die Einführung von geschlachtetem Vieh könnte leiden. Dem gegenüber mache ich darauf aufmerksam, daß der Zug der Zeit dahin geht, immer mehr lebendes Vieh einzuführen. 1875 wurden aus Canada 12,011 Stück lebendes Vieh eingeführt, 1878 schon 17,000 Stück und 1880 bereits 25,000 Stück. In demselben Maße stieg auch die Einführung aus den Vereinigten Staaten aus Nordamerika, sie betrug 1877 11,000 Stück, 1878 bereits 76,000 Stück. Von ganz besonderer Bedeutung ist aber der veterinarpolizeiliche Charakter des Gesetzes, und er trägt hauptsächlich mit dazu bei, daß die landwirtschaftliche Verwaltung dringend die Annahme derselben empfiehlt.

Abg. Grumbrecht: Mit den allgemeinen Sätzen des Abg. v. Minnigerode stimme ich überein, nur vindere ich mich, wie er zu dem Schlus kommt, die Nr. 6 zu verworfen. Er muß dieselbe vollkommen falsch auffassen. Nr. 6 hat auf den Fleischverkehr gar keinen Einfluß, es handelt sich da nur um Fleisch, das von den Fleischveräufern und Schlächtern außerhalb Berlins und des Rayons geschlachtet ist. Es ist mit Recht gesagt worden, die Bestimmung wird schwer ausführbar sein, man wird den Rayon immer größer ziehen müssen, um die Umgebung des Gesetzes zu verhindern. Denn das allein ist der Zweck des § 6. Ohne sie würden

nicht allein die Schlachthäuser in Berlin lahm gelegt, sondern auch die soziale Aussicht verhindert werden. Man muß beachten, daß man eine Sicherheit nur findet, wenn man nach § 3 die Fleischer zwingt, daß im Schlachthaus geschlachtete Fleisch von dem anderen zu trennen. Die Preise für das nicht im Schlachthaus geschlachtete werden sinken, weil die Kunden lieber das thure Schlachthauslebens kaufen werden. Kann aber der Fleischer sagen, daß eingeführte Fleisch ist zwar nicht im Schlachthaus geschlachtet, aber ich habe es selbst auswärts geschlachtet und kann auch als rechtlicher Mann für seine Güte bürgen, so wird er dahin kommen, dies Fleisch in größerer Menge zu bezahlen, als das vom Schlachthaus. In diesem Sinne möchte ich gern den Zwischenfall, den die Commission gegen die Herrenhaus- und Regierungsvorlage gemacht hat, streichen. Der Behauptung muß ich leider entgegentreten, daß die Communen irgend welches Interesse an der Errichtung der Schlachthäuser hätten, sie sind im Gegenteil lediglich die Handlanger des Staates, welcher doch das nächste Interesse daran hat, daß nur gesundes Fleisch gegessen wird, daß die Krankheiten der Thiere erkannt und rechtzeitig vorgebeugt wird. Die schwere Ausführbarkeit ist kein Grund gegen das Gesetz, man kann nicht alle Diebe hängen und doch verbietet man den Diebstahl. Bei der Ausführung muß die Praxis zur Hilfe kommen. Das Gesetz ist ein dringender Bedürfnis namentlich in sanitären Interessen. Es legt dem legitimen Verkehr mit Fleisch kein Hindernis in den Weg, ja, es könnten noch einige Schranken fallen, ohne daß die Ausführung des Gesetzes Schaden leiden würde.

Abg. Dr. Cremer: Ich verkenne nicht, daß das Gesetz in der Commission Verbesserungen erfahren hat. Im Ganzen und Großen macht es mir noch immer den Eindruck: „Wahr' mir der Pelz, doch mache mir ihn nicht nah.“ Mit der allgemeinen Gewerbefreiheit hat man böse Erfahrungen gemacht und will nun auf einzelnen Gebieten die Zustände befreiten, die sie geschaffen hat. Damit bin ich einverstanden. Nun trifft man in diesem Gesetz alle möglichen Cautelen, um den Schlachthauszwang einzuführen, erreicht aber doch den Zweck nicht, weil man sich scheut, ganz mit der Gewerbefreiheit zu brechen. Daher trifft man mit der Controle nur die anfänglichen Gewerbetreibenden, gerade als ob jeder in einer Stadt anfänglich Fleischer ein Beträger wäre. Wollte man eine ganz strenge Untersuchung haben, so müßte man sagen, es darf kein Fleisch eingeführt werden, das nicht untersucht ist. Der Referent hat zwar behauptet, es müßte alles ein geführte Fleisch untersucht werden, er irrt sich aber darin, denn warum wäre denn sonst in der Commission der Antrag als zu weit gehend abgelehnt worden, daß alles einzuführende Fleisch der Untersuchung unterliegen sollte. Wenn der Regierungskommissar zugestellt, daß eine strenge Controle über alles einzuführende Fleisch nicht möglich sei, warum beläßt man denn gerade die ansässigen Fleischer, die doch am wenigsten verdächtig sind, mit den strengsten Controllenakten. Ich sage, er hat mit dem Gesetz etwas erreichen wollen, was man zugestandenermaßen nicht erreichen kann. Welcher Grund für das Gesetz bleibt dann noch übrig? Ich glaube die Erwähnung: Einzelne Communen haben Schlachthäuser gebaut, die nicht rentieren und um ihren finanziellen Interessen zu Hilfe zu kommen, will man die Fleischer mit diesem Gesetz zwingen, im Schlachthaus zu schlachten. Darauf der Herr Regierungs-Commisar seine Behauptung stützt, daß die Tendenz überwiege, nur lebendes Vieh einzuführen, weiß ich nicht. So viel weiß, besteht die entgegengesetzte Tendenz. Was soll da noch ein öffentliches Schlachthaus, dann genügt es, das Fleisch in den Verkaufsställen zu untersuchen. Sollte das Gesetz Annahme finden, so beantrage ich einen Zulass zu demselben, dahin lautend: Im Falle, daß eine genügende Controle des eingeführten geschlachteten Fleisches nicht möglich ist, wird die Einführung von geschlachtetem Fleisch überhaupt unterfangt. Ich überweise den Antrag handschriftlich, weil ich nicht erst dem Lande die Drudosten zu unterliegen folle. Wenn der Regierungskommissar zugestellt, daß eine strenge Controle über alles einzuführende Fleisch nicht möglich sei, warum beläßt man denn gerade die ansässigen Fleischer, die doch am wenigsten verdächtig sind, mit den strengsten Controllenakten. Ich sage, er hat mit dem Gesetz etwas erreichen wollen, was man zugestandenermaßen nicht erreichen kann.

Abg. v. Schorlemmer Alst: Es handelt sich in dem Gesetz nicht wie Cremer glaubt, um den Gegeisz zwischen ansässigen Schlächtern und auswärtigen Fleischhändlern, sondern es handelt sich um die Interessen der Gesundheit der Bewohner der großen Städte; es gibt auch ansässige Fleischer, die einmal schlechtes Fleisch schlachten. Es ist ja eine bekannte Thatfrage, daß in der Umgebung Berlins, ich glaube im Umkreis von drei Meilen, kein Stück Vieh eines natürlichen Todes mehr stirbt. Dem gegenüber müssen wir doch die Städte schützen. Über den Antrag Cremer kann ich mich nicht äußern; trotz der ehrenwerten Absicht, dem Staate etwas zu erbauen, hätte er doch besser gethan, seinen Antrag drücken zu lassen, er hätte ihm auch in der Commission vorbringen sollen. Er wird so läblich doch gedruckt werden müssen und die 15 Thaler werden nicht erfordern. Sehr überzeugt hat mich heute die Haltung der rechten Seite des Hauses. Das ist ja neu, daß die Herren von der rechten Seite sich mit so auffallender Schärfe gegen einen Entwurf der Regierung und Beschlüsse des Herrenhauses aussprechen. Der Grund, glaube ich, liegt darin, daß die Herren das Gesetz zu sehr als eine speziell Berliner Frage auffassen und sich durch diesen Gedanken vollständig haben einnehmen lassen. Sie vergessen dabei, daß alle Städte an dem Gesetz ein Interesse haben. Berlin hat übrigens seit Jahrhunderten Schlachthäuser und hat schon im vorigen Jahrhundert Schlachthauszwang gehabt, der später aufgehoben worden ist. Graf York erbringt in dem Gesetz ein Monopol für die großen Communen; wäre das der Fall, so würde ich dem Gesetz sicher entgegentreten. Darum handelt es sich aber gar nicht, sondern um sinnlose Fragen. Entweder sind Schlachthäuser notwendig oder nicht; daß sie unbedingt sind, ist nicht in Abrede zu stellen, und dann muß man sie auch gesetzlich so schützen, daß nicht die erste beste elende Wirtschaft ihnen Concurenz machen kann.

Von diesem Standpunkte aus halte ich das Gesetz für notwendig. Wenn das Gesetz wirklich den Zweck hätte, das Fleisch im Interesse der Communen zu verteidigen, welche miserabile Vertreibung müßten dann diese Städte haben. Würden die Bürger nicht aufstehen und diese Vertreter fortjagen. Die Rede des Herrn Hausburg habe ich auch gehört, dieselbe beweist aber, daß das Gesetz kein Monopol für die Städte schaffe, daß im Gegenteil das Monopol, welches in Berlin der Actien-Viehhof besaß, bestätigt wird. Graf York meint, eine sorgfältige Controle genüge allen sanitären Anforderungen; warum hat es denn da des Gesetzes von 1868 bedurft? Berlin hat, als es seinen Viehhof baute, Alles angestrengt, um die Privatinteressen zu berücksichtigen und verdient nicht, daß man sein Vorhaben hier absäßig kritisirt. Was würde denn Graf York sagen, wenn man einer Kreisvertretung solche Vorwürfe machen wollte, wie er sie den politischen Vertretungen gemacht hat? (Zustimmung.) Mit solchen Argumenten läßt sich doch nicht gut opponen. Es ist auch nicht richtig, daß die Communen durch das Gesetz verleitet werden, Schlachthäuser zu bauen. Und sollten sie sich wirklich leichtfertig darauf einlassen wollen, so könnten ja die Reden des Grafen York und des Herrn v. Minnigerode gedruckt und den Städten zugesandt werden, um sie zu warnen. (Heiterkeit.) Was liegt denn dem Grafen York eigentlich am Herzen? Mir scheint der Einfluß, den das Gesetz auf die Marktpreise ausübt, daß geringeres Vieh vom Markt ausgeschlossen wird. Das ist in der Kette seiner Argumentation. Die Viehhäuser werden allerdings genötigt werden, wie früher beim Bestehen der Schlachthäuser nur gutes Vieh auf den Markt zu bringen. Nun sagt Graf York, er spreche nur im Interesse der kleinen Grundbesitzer. Warum sind denn da die Herren so eifrig für die Aufhebung der Schlachtfeste eingetreten. Darum handelt es sich nicht, sondern um sinnlose Fragen. Entweder sind Schlachthäuser notwendig oder nicht; daß sie unbedingt sind, ist nicht in Abrede zu stellen, und dann muß man sie auch gesetzlich so schützen, daß nicht die erste beste elende Wirtschaft ihnen Concurenz machen kann.

Bon diesem Standpunkte aus halte ich das Gesetz für notwendig. Wenn das Gesetz wirklich den Zweck hätte, das Fleisch im Interesse der Communen zu verteidigen, welche miserabile Vertreibung müßten dann diese Städte haben. Würden die Bürger nicht aufstehen und diese Vertreter fortjagen. Die Rede des Herrn Hausburg habe ich auch gehört, dieselbe beweist aber, daß das Gesetz kein Monopol für die Städte schaffe, daß im Gegenteil das Monopol, welches in Berlin der Actien-Viehhof besaß, bestätigt wird. Graf York meint, eine sorgfältige Controle genüge allen sanitären Anforderungen; warum hat es denn da des Gesetzes von 1868 bedurft? Berlin hat, als es seinen Viehhof baute, Alles angestrengt, um die Privatinteressen zu berücksichtigen und verdient nicht, daß man sein Vorhaben hier absäßig kritisirt. Was würde denn dem Grafen York eigentlich am Herzen? Mir scheint der Einfluß, den das Gesetz auf die Marktpreise ausübt, daß geringeres Vieh vom Markt ausgeschlossen wird. Das ist in der Kette seiner Argumentation. Die Viehhäuser werden allerdings genötigt werden, wie früher beim Bestehen der Schlachthäuser nur gutes Vieh auf den Markt zu bringen. Nun sagt Graf York, er spreche nur im Interesse der kleinen Grundbesitzer. Warum sind denn da die Herren so eifrig für die Aufhebung der Schlachtfeste eingetreten. (Abg. v. Ludwig ruft: Weil sie eine Dummheit gemacht haben!)

Ich bin überzeugt, daß nach wie vor auch geringwertigeres Vieh auf den Markt gebracht werden wird. Die Befürchtung, daß von Amerika aus durch die Einführung von geschlachtetem Fleisch eine Concurenz gemacht werden wird, halte ich nicht für ausgeschlossen, dann müssen doch aber die Herren gerade zum Schutz gegen diese Concurenz das Gesetz machen. Nun bat Herr von Minnigerode gar Befürchtungen geäußert, daß die städtischen Behörden Gastwirth aus politischen Gründen dulden könnten. Nachdem wir Katholiken während des Culturmärktes von conservativen Landräthen nach der Möglichkeit duldeten worden sind, darf Herr v. Minnigerode uns nicht mehr mit solchen Sachen kommen. Herr v. Minnigerode hat auch darauf hingewiesen, daß durch das Gesetz der Städtsadel auf Kosten der Interessen der Einzelnen bevorzugt werde. Hat er sich denn nicht klar gemacht, wie gefährlich eine solche Anerkennung ist? Muß er denn nicht anerkennen, daß durch die Polizeipolitik der Städtsadel auf Kosten der Einzelnen gefeußt wird? Es ist doch sehr bedeckt für ihn, eine solche Anerkennung durchzuführen, wenn ihm später einmal der College Richter mit einer ähnlichen Argumentation entgegen tritt, wird er nichts dagegen sagen können. Mit solchen Dingen kann er sich leicht den Mund verbrennen. Ich sage umgekehrt wie Herr v. Minnigerode: Wenn Sie nicht die Nr. 6 annehmen, so hat das ganze Gesetz keinen Wert. (Beifall.)

Während der folgenden Rede des Abg. v. Ludwig kommt, die größte Theil der Mitglieder auf beiden Seiten des Hauses erhebt sich von den Sitzen, um den Gruß des Fürsten zu erwiedern, der nach wenigen Minuten den Saal verläßt, um einer Beratung des Staatsministeriums zu präsidieren, jedoch nach einer Stunde zurückkehrt und der Sitzung des Hauses fast bis zum Schlusse bewohnt.

Abg. v. Ludwig: zunächst war es mir interessant, wie der Herr Vor-

redner bei dem vorliegenden Gesetz über das Schlachten des Viehes auch die Katholiken zu sprechen kam. (Heiterkeit.) Der Gedanke ist nicht so unrichtig. Es ist Thatsache, daß die Katholiken seit einiger Zeit wenigstens moralisch abgeschlachtet worden sind. (Ob! oh!) Beitreten muß ich aber die Beteiligung der conservativen Landräthe in dieser Beziehung. Conservativ mögen sich die Herren genannt haben, sie sind es aber nicht, und es wäre für das Wort „conservativ“ ein Markenschildgesetz zu geben. (Heiterkeit.) Trotzdem ich mich gegen das Gesetz habe einschreiben lassen, so bin ich doch nur Gegner der Nr. 4 und 5. Richtig ist, daß ein Stück Vieh, welches noch lebend untersucht und, nachdem es geschlachtet ist, nochmals der Untersuchung unterworfen wird, eine sehr große Garantie ist. Solches Fleisch wird natürlich auch teurer sein, als das in geschlachtetem Zustande in die Stadt gebrachte. Wer viel Geld hat, mag daher für seinen Gaumen etwas mehr ausgeben. Aber die Väter der Stadt haben dafür zu sorgen, daß auch die, welche einen kleinen Geldbeutel haben, sich vollständig gefund ernähren können. Unverfehlbar richtig ist es aber, daß von den Schlachthäusern eher die Großgrundbesitzer Nutzen haben, als die Kleingrundbesitzer, denn letztere können sich nicht erheblich mit Mästung beschäftigen, und ebenso ist es unverfehlbar, daß die großen Schlächter, die in Berlin in diesen Schlachthäusern schlachten, sich nur sehr gutes fernfaches Vieh aussuchen. Das war schon früher so. Hält man sich dies vor Augen, so liegen die Zwecke des Gesetzes nach zwei Richtungen: einmal soll die Rechtlichkeit gefördert werden, daher soll an einem Orte, wo alle Rechtlichkeitsmöglichkeiten vorhanden sind, geschlachtet werden, zweitens soll man ein gesundes gutes Fleisch haben. Warum man aber das sonst als gut befindene Fleisch von dem auf dem Schlachthof hergestellten auf dem Markte trennen will, verstehe ich nicht.

Abg. Siebiger bittet, die Nummern 2 und 3 unverändert anzunehmen. Eine ungerechtfertigte Belästigung werde durch Nr. 2 nicht geschaffen, da nicht alles eingeführte, sondern nur das zum Feilbieten bestimmte Fleisch untersucht werden soll. Wer für sich zum eigenen Consum Fleisch von auswärts beziehe, könne dies ohne Untersuchung thun, da man es ihm überlassen müsse, das Fleisch auf eigene Gefahr zu essen. Ganz anders liege die Frage bei Gastwirtschaften und Speisewirtschaften. Hier erscheine eine Untersuchung um so nothwendiger, als die Consumenten das Fleisch in zubereiteten Zustände erhalten, als viel weniger im Stande sind, seine Beschaffenheit zu prüfen, als wenn sie es roh kaufen. Es sei durchaus keine Unbilligkeit, dem Gastwirth, der sein Fleisch von auswärts beziehe, denselben Bedingungen zu unterwerfen, wie den Fleischhändler. Namentlich im sanitären Interesse der Arbeiterbevölkerung, die zum großen Theil ihr Fleisch nur aus den Speisewirtschaften beziehen, seien die vorliegenden Bestimmungen unbedingt notwendig.

Abg. Cremer: Die Wichtigkeit des zur Beratung stehenden Gesetzes kann nicht besser charakterisiert werden, als durch das Erscheinen des Fürsten Bismarck. (Heiterkeit.) Gerade deshalb aber ist es notwendig, daß einzelne Bestimmung auf das Sorgfältigste zu prüfen, damit wir nicht geneigt werden, die heutigen Bestimmungen in kurzer Zeit von Neuem abändern. Wir machen so viele Novellen, daß wir gar nicht zu einem guten Roman kommen. (Heiterkeit.) Was die beiden vorliegenden Bestimmungen betrifft, so halte ich es zunächst für völlig ungerechtfertigt, daß man die Kosten, welche die Untersuchung des Fleisches erfordert, den Schlächtern zur Last legt. Wenn die Stadt im öffentlichen Interesse derartige Einrichtungen trifft, so soll sie auch die Kosten selbst tragen, und ich beantrage deshalb in Übereinstimmung mit der Petition des Rheinisch-Westfälischen Schlachterbundes, der Nr. 2 den Aufschluß zu geben: „Die Gebühren fallen der Gemeinde zur Last.“ Die Bestimmung, daß das durch die Gastwirtschaften von auswärts bezogene frische Fleisch einer Untersuchung unterzogen werden soll, halte ich für ganz undurchführbar. Die Frage, ob das Fleisch gut ist oder nicht, hängt dann schließlich ganz von der Rose der Polizei ab. Derselbe Geruch, der bei einer Rehkeule als Hauptgut völlig auffällig erscheint, wird für sehr viele beim

Berliner Börse vom 18. Januar 1881.

Fonds- und Geldcourse.

Wechsel-Course.	
Deutsche Reichs-Akt.	109,50 bz
Consolidirte Anleihe	105,50 bz
do. do. 1876	100,50 bz
Staats-Anleihe	105,50 bzB
Staats-Schuldabsch.	97,30 bz
Präm.-Anleihe v. 1883	136,60 bz
Berliner Stadt-Oblig.	104,00 bzG
Berliner	104,20 bz
Pommersche	90,40 bz
do. do.	99,30 G
do. do.	102,30 G
do. do. Ldsch. Ord.	99,50 G
Posenische neue	99,50 G
Schlesisc.e	99,50 G
Lüdtschafft-Central	99,50 G
Kur. u. Neumärk.	100,20 B
Pommersche	100,00 G
Posenische	100,00 G
Preussische	100,00 G
Westfäl. u. Elbw.	100,10 G
Sächsische	100,25 B
Badische Präm.-Anl.	134,80 bz
Bayerische Präm.-Anl.	137,00 B
Cöln.-Mün.-Prämierabs.	130,30 bzG
Sachs. Rente von 1876	78,40 bz
Ducaten 9 58 bz	
Sover. 20 32 G	Oest. Bkn. 172,15 bz
Napoleon 16 19 bz	Silbergld. —
Imperials 16,70 G	Russ. Bkn. 212,25 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro	1879	1880	
Aachen-Mastricht	3/4	—	4
Berg.-Märkische	4 1/4	—	4
Ber.-Anhalt	5	—	4
Berlin-Dresden	0	—	4
Berlin-Görlitz	0	—	4
Berlin-Hamburg	12 1/2	—	4
Berl.-Potsd.-Magd.	4	—	4
Berl.-Stettin	4 3/4	4 3/4	116,00 bz
Böh.-Westbahn	6	5	108,50 bzG
Bresl.-Freib.	4 3/4	—	4
Östn.-Minden	6	3	149,30 bz
Dux-Bodenbach	6	4	102,75 bzG
Gal.-Carl.-Ludw.-B.	7,738	—	4
Halle-Sorau-Gub.	6	4	23,80 bzG
Kaschau-Oderberg	4	5	56,00 bzG
Kronpr.-Rudolfs.	5	5	71,10 bzG
Ludwigs.-Bexx.	9	4	201,50 bz
Mark.-Posener	0	4	36,40 bz
Magdeb.-Halberst.	6	6	149,60 bzG
Mains.-Ludwigs.	4	4	95,00 bz
Niederschl.-Mark	4	4	100,10 B
Oberschl. A.O.D.E.	9 3/4	3 1/2	189,50 bz
Oesterr.-Fr. S.-E.	6	4	161,00 bz
Oest., Nordwestb.	4	5	324,00 bz
Oest.-Südb.(Lomb.)	0	4	16,00-15,56
Ostpreuss. Südb.	0	4	44,10 bzG
Rechte-O. U. B.	73 1/2	—	4
Reichenberg-Pars.	4	4	59,30 bz
Rheinische	7	6 1/2	168,25 bz
Rhein.-Nahe-Bahn	4	4	99,50 bzG
Saaraan.-Eisenbahn	33/2	31/2	55,60 bz
Schweiz-Westbahn	9	4	30,00 bzG
Stargard.-Posener	41/2	41/2	103,40 bz
Thüringer Lit. A	5	4	173,70 bz
Warschau-Wien	5	4	299,00 bz
Weimar-Gera	41/2	—	52,25 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

do. Orient-Akt. v. 175	61,10 bz
do. II. v. 1875	61,10 bz
do. III. v. 1879	60,90 bzG
do. Engl. v. 1871	91,90-92 bz
do. v. 1872	91,90-92 bz
do. Anholt	95,80-90 bz
do. 1880	74,10-20 bz
do. Bod.-Oed.-Pfd.	83,90 bz
do. Cont.-Bd.-Cr.-Pfd.	79,25 bz
Russ.-Poln.-Schatz-Akt.	83,60 G
Poln. Pfdbr. III. Em.	63,70-60 bzG
Poln. Liquid.-Pfdbr.	57,00 bz
Amerik. rückg.v. 1881	51,10 R. 100,10
do. 5 1/2 Anholt	99,50 B. I.G
Ital. 50 Anholt	87,75 etbz
Raab.-Graser 100 Thlr. L.	91,70 bz
Rumänische Anleihe	169,40 B
R.-män. Staats-Obligat.	92,70 bz
Türkische Anleihe	13,40 bzB
Ungar. Goldrente	94,10-94 bzG
do. Loose (M.p.B.)	215,30 G
Ung. 50 St.-Eisenb.-Akt.	95,90 B
Finnische 10 Thlr.-Loose	50,40 bz
Türken-Loose	36,00 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg. Märk. Serie II.	41/2	103,00 G
do. III.V. 31/2	92,00 bzB	
do. do. VI.	103,90 G	
do. Hess. Nordbahn	102,80 G	
Berlin-Görlitz conv.	102,75 B	
do. H. B.	101,30 G	
do. Ilt. G.	101,25 B	
Bresl.-Frib. Lit.D.M.F.	41/2	
do. do. G.	102,30 G	
do. do. H.	102,30 bz	
do. do. J.	102,30 bz	
do. do. K.	102,40 B	
do. von 1876	105,90 bzG	
Breslau-Warschauer	102,50 G	
Cöln-Mün. des III. Litt. A.	99,90 G	
do. . Lit. B.	102,00 G	
do. . IV.	99,90 G	
do. V.	100,25 G	
Halle-Sorau-Guben	104,80 bz	
Märkisch-Posener	102,50 bzB	
Niederschl.-Märk.	100,00 G	
do. da. II.	—	
do. Ob.II.	100,25 B	
do. Ob.III.	100,00 B	
Ober-ensles.	4	
do. B.	31/2	
do. C.	91,70 G	
do. D.	99,70 bzG	
do. E.	99,70 bzG	
do. F.	103,30 G	
do. G.	103,60 bz	
do. M.	103,60 bz	
do. von 1873	99,75 bzG	
do. von 1874	103,40 B	
do. von 1878	104,50 G	
do. von 1886	103,70 bzB	
do. Brieg-Naiss.	4	
do. Cosel-Oderb.	5	
do. Stargard.-Poser.	49,25 G	
do. do. IL Em.	102,75 B	
do. do. III. Em.	102,75 B	
do. Ndrschl. Zwg.	—	
Ostpreuss. Südbahn	41/2	
Rechte-Oder-Ufer-B.	103,80 G	
Schles. w. Eisenbahn	102,75 G	
Chark.-w.-Asow gar.	96,75 G	
do. do. in Pfd. Stari.	—	
Charko-w.-Kremens. gar.	96,00 B	
do. do. in Pfd. Stari.	92,00 G	
Rjäsan.-Kosalow gar.	101,40 G	
Dux-Bodenbach	85,50 bzG	
do. II. Emission	83,25 bzG	
Prag-Dux	50,90 bzG	
Gal. Carl.-Ludw.-Bahn	89,40 bz	
do. do. neue	88,10 G	
Kaschau-Oderberg	78,40 bzG	
do. Gold.-Prior.	92,20 bz	
Ung. Nordostbahn	72,50 bzG	
Ung. Ostbah.	71,60 bzG	
Lemberg-Czernowitz	79,10 G	
do. do. II.	84,20 bz	
do. do. III.	78,60 bz	
do. do. IV.	77,25 bzG	
Mährische Grenzbahn	67,00 bzG	
Mähr. Schb. Centralbahn	30,00 bzG	
Kronpr. Rudolf-Bahn	58,10 bzG	
Oesterr.-Französische	38,00 G	
do. do. II.	37,00 bzG	
do. südl. Staatsbahn	27,94 bzG	
do. do. neue	27,54 bzG	
do. Obligationen	97,70 bzG	
Rumän. Ziscon.-Oblig.	100,69 bz	
Warschau-Wien II.	103,59 B	
do. III.	103,00 B	
do. IV.	101,50 G	
do. V.	101,50 G	
do. VI.	102,50 G	

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahn-G.	0	—	4	5,20 bz
Märk. Sch.Masch.G.	0	—	4	36,25 bzG
Nordl. Grumifab.	11/2	—	4	—
Pr.Hyp.-Vers. Act.	2	—	4	86,50 G
Schles. Feuvers.	22	—	fr.	1120 G
Bismarckhütte	12	—	4	115,75 G
Zollwerksmarkn.	11/2	—	4	64,10 bz
Dorm. Union	2	—	4	12,90 bz
do. S.-P.-Lit.A.	2	—	4	93,50 bz
Königs.-A. Laurah.	6 1/2	—	4	122,50 bz
Lauchhammer	6	—	4	34,00 B
Marienhütte	4	—	4	71,50 G
Coms. Bedenhu.	8	—	4	145,00 G
do. ob. O. B.	6	—	4	104,50 bz
do. Cent.-Bd.-Ord.	9 1/2	—	4	126,25 bzG
Preuss. Immob.-B.	6	—	4	102,50 bzG
Jacobs. Bank.	6	—	4	120,40 B
zchl. Bank-Verein	6	—	4	106,50 bz
Wiener Unionsb.	6	—	4	212,00 B
In Liquidation,			fr.	11,00 G
Centralb. f.Genoss.		—	fr.	125,00 G
Thüringer Bank		—	fr.	237,00 G

Bank-Discont 4 pCt

Lombard-Zinsfuß 5 pCt.

Berlin, 18. Jan. [Vörse.] Die Geschäftslösigkeit des gestrigen Tages übertrug sich in merklich versch